Humboldt Universität zu Berlin

Institut für Geschichtswissenschaften

Seminar: Zeit- und Gegenwartsgeschichte. Konzepte und Debatten

Seminarleiter: Prof. Dr. Benno Nietzel

Thema:

Polen am Scheideweg-

markierten die Wahlen von 1993 eine mögliche andere Transformationsrichtung?





vorgelegt von:

Ilka Erdmann

M.A. Geschichts-Wissenschaften

2. Fachsemester

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung……..…......…………….………..…...……………………….…………..S.3

2. Ein kleiner Rückblick in die Geschichte Polens……...….…………………….…...…..S. 3-5

3. Der Beginn des Wandels in Polen in den 1980er Jahren……......….……....……. ..…...S. 3-7

4. Problemfelder der postsozialistischen Gesellschaftstransformation in Polen………......S. 7-11

5. Als wie erfolgreich kann man den polnischen Wandel einordnen?……………..……..S. 11-13

6. Literaturverzeichnis....………..………………………………………………….…….S. 14-15

1. Einleitung

Die Gründung der zweiten Volksrepublik Polen gelang durch die Hartnäckigkeit des zunächst von Ludendorff, dann von seinen Widersachern ind er Entente zurecht-gebackenen ‚*Marschalls*' Josef Piłsudki, der bis zu seinem Tode im Jahr 1935 die Geschicke der Republik auch maßgeblich mitzubestimmen wußte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dann entstand aus den Trümmern dieses ehrgeizigen Militär-Projekts zunächst der in seinen geographischen Grenzen so heute noch staatsrechtlich gültige Polnische Nationalstaat, ein im Gegensatz zu seinem Rechtsvorläufer als Friedensstaat konzipiertes Werk, dessen Errungenschaften, jedenfalls äußerlich, auch tatsächlich in Frieden gelassen wurde in den folgenden 80 Jahren. Das politische System allerdings musste sich, um diesen Schritt aus einer für alle Beteiligten unglücklichen, militärisch verfassten Vergangenheit in einen für besseren gebauten Zukunftsstaat bewerkstelligen zu können, tatsächlich von einer bürgerlichen zu einem proletarisch geprägten Wirtschafts-und Gesellschaftssystem umbauen lassen. Die Volksrepublik Polen reihte sich so in das bald schon ein Drittel der damaligen Weltökonomie umfassende sozialistische Bruderstaatensystem ein und entzog so im Fall des z.B. zeitgenössisch viertgrößten Weltmilchproduzenten Volkspolen große Teile des Produktionssektors der auf Privateigentum beruhenden Kapitalakkumulation. Bis heute zeugt der Geschmack polnischer Kinder von dieser Epoche, denn das beliebteste Bonbon des Landes, die „Krowa" noch vor dem Pendant „Iriska" war tatsächlich neben den vielen städtischen Milchbars ein Weg, diese viele Milch auch wirklich, trotz zum Teil demonstarativem Widerwillen allenthalben, in die heranwachsende sozialistische Bürgerschaft hineinzubekommen. Heute allerdins sind diese Zuckerstückchen kein Milchprodukt mehr, sondern ein Palmöl-Titanweisser-Klebeergebnis… aber an der vond er Bevölkerung nun geforderten und erwarteten Form- und Farbgebung in milchigbraun kommt kein Produzent und Ersatz-Zutatenjongleur seitdem mehr vorbei. Kiloweise Krowy, Irisy-Bonbons und den dazu passenden Milchmohnkuchen blechweise, ‚Giereks' – bis heute beliebteste -Wurstsortenberge[1], das alles für wenige/niewiele Groszy der im Vergleich allgemein als „*fette*" gelobten Jahre bis zum globalen ölpreisschock und em Zuschnappen der US-Verschuldungsfalle hin oder her: schon weitaus früher, als in der ehemaligen DDR, zum Beispiel, formierte sich in Polen eine starke Opposition gegen diesen bis dahin tatsächlich noch nicht abgeschlossenen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Vieles von diesem Protest fand

---

[1] vgl. das aktuelle Angebot, Kiełbasa od Gierka 0.6 KG, https://www.skleppodlaskachata.pl/kielbasa-od-gierka wobei der Namensgeber, Edward Gierek (geboren 6. Januar 1913 in Porąbka, heute Sosnowiec; gestorben 29. Juli 2001 in Cieszyn), nach Empfehlung des zentralen staatlichen Erinnerungsinstituts als kommunistischer Kollaborateur und Verbrecher bezeichnet werden müsste, wenn die kommerziell versierte Katholische Allgemein-Bigotterie der Landschaften Polens nicht an wesentlich schlagendere Widersprüche zwischen Essgewohnheiten und Moralempfinden schopn virtuos gewöhnt wären, https://web.archive.org/web/20200815203330/https://www.skleppodlaskachata.pl/kielbasa-od-gierka .

sich zusammenfaßbar in der sogenannten ‚*Gewerkschafts*‘-Bewegung „Solidarność“. Um die sich daran anschließende Transformations-Handlungen und die mit ihrer Beihilfe vom Zaun gebrochenen Verwerfungen soll es im Folgenden gehen. Denn dieser doch sehr abrupte Bruch mit dem Sozialismus ließ auch vielfach gehegte Träume und Hoffnungen, die damit, mit dem Bruch verbunden oder asbe rmit dem Sozialismus, bei einigen auch mit beidem in mannigfaltigen Kombinationen, bis heute unerfüllt.

2. Ein kleiner Rückblick in die Geschichte Polens

In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 wurde in Polen vom ehemaligen Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski eine Art Militärdiktatur ausgerufen; dieser war seit 1971 Vollmitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) gewesen. Mit der Errichtung dieser Art Militärdiktatur (über die Möglichkeit, zivilere ‚Notstandsgesetze‘ zu verhängen verfügte Volkspolen 1981 im gegensatz zur BRD nach 1968 schlicht nicht, man war auf Aufruhr schlechter vorbereitet als das Gastarbeiterzielland Volkspolens, BRD) übernahm er zugleich auch das Amt des Ministerpräsidenten und wurde somit ebenfalls Generalsekretär der der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, PVAP (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) und internierte nicht nur die S-Männer-Bewegung, sondern auch, im Sinne polnischer Militaristentradition „ebenso“ den belibten taufpaten seiner Wurstsorte, Edward Gierek.[2] Ein Kind von nun ab 12981 prominent in Anspruch genommenen beiden Elternteilen in der neuen allround-Funktionselite erinnert sich heute unter der Bedingung, dass sein Familiennamen nicht genannt wird: „Meine Eltern sind so typische, erzkatholische Prügler und Erz-Faschisten. Aber als das Militär 1981 formal die macht bekam im sozialistischen Staat, da fingen sie plötzlich Feuer und Flamme für diese 10-jährige Agonie des vorher von ihnen so ausgiebig gehassten ‚*Sozialismus auf polnischem Boden*‘: ihr Ideal war immer der Sozialfaschismus des Herren Benito-Mussolini-Pendants Józef Piłsudski, beides verkrachte SDler mit jeweils wüst-wirrem Gefasel über einen „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“, das praktisch in den 20er bis 40er Jahren politisch einfach nur Sand in die Augen streuen sollte für ein bürgerlich-vorparlamentarisches-antidemokratisches Durchregieren. Das war ihr Ideal und es vertrug sich bestens mit ihren häuslichen Prügelritualen und der essentiell im

[2] https://www.furche.at/politik-international/jaruzelski-der-rote-diktator-6922898 zuletzt aufgerufen am 3.10.2025 um 18:00 Uhr, https://web.archive.org/web/20240915105723/https://www.furche.at/politik-international/jaruzelski-der-rote-diktator-6922898

Mittelalter verbliebenen katholisch-autoritären Höllenangst am Urgrund ihrer kindlichen Sozialisation. Nun aber war an die Spitze des verhassten, erklärten sozialistischen Staates, Wojciech Jaruzelski trat hiermit gewissermaßen in die Fußstapfen seines verfassungsrechtlichen Vorgängers, Marschall Jozef Piłsudski, daraus mobilisierte er einen gewissen gesellschaftlichen Rückhalt, der vorher klar anti-kommunistisch orientiert war, nun aber umschwenkte weil ‚die Ordnung' wieder im Mittelpunkt. Als damaliger, ursprünglich von Hindenburg und Ludendorff eingesetzter Vasallen-‚*Landesvater*', wurde Piłsudski im Zuge des polnischen Lavierens zwischen Mittelmächten- und Entente-Protektion im Zuge von Versprechen beider Seiten für sogenannte ‚*staatliche Unabhängigkeit*', zum 22. Juli 1917 denn doch aus deutscher Gnade in deutsche Ungnade befördert, formal gesehen ‚*verhaftet*' und nach Deutschland gebracht, hier war er bis zu seiner erneuten Freilassung in Magdeburg interniert. Mit dieser Verhaftung durch die Mittelmächte wurde der ‚Kommandant' (eigentlich verkrachter Sozialdemokrat, Bankräuber und Heiratsschwindler) durch die Hintertür politisch enorm aufgewertet, seine geheime Militärorganisation POW hatte nicht zuletzt damit in allen Klassen und Schichten der polnischen Gesellschaft eine nennenswerte Bedeutung erlangt. Im Zuge der Novemberrevolution konnte der nunmehr auf der Zielgeraden zum ‚*Marschall*' befindliche also seine Freilassung durchsetzen, so dass er am 11. November 1918 mit dem Zug im Wiener Bahnhof in Warschau einfahrbar war, gerade rechtzeitig um den entschieden klassenbewussten volkspolnisch-sozialistischen Aufbauphantasien eines Ignacy Daszyński mit einem nach Entente-geopolitischen Ordnungsvorstellungen gestrickten nationalpolnischen Militär- und Expansionsprogramm jeden Boden politischer Manövrierfähigkeit zu entziehen. Die Rechnung ging auf: Expansion, Ostlandfahrt und neofeudale Güterbelehungen von Marschlls Gnaden machten das Rennen gegen eine der weltweit mit und nach den Bolschewiki revolutionär für sozialistischen Aufbau 1918ff tatsächlich bestvorbereitedsten Arbeiterbewegung und ihrer Avantgardeparteien. Während seiner Internierung hatte seine Popularität in Polen weiter zugenommen. Noch heute gilt der 11. November als der Jahrestag der Wiedererringung der nationalen Unabhängigkeit und ist ein Staatsfeiertag. Piłsudski beraumte Wahlen an und konnte sich per Dekret selber zum politischen Staatsoberhaupt ernennen. Gleich zu Beginn seiner Regierungszeit gelang es ihm, die sich ebenfalls in Polen formierte und erstarkte Arbeiterbewegung, durch weitreichende Reformen in die neue politische Ordnung zu integrieren, da er nicht vorhatte, die besitzende Klasse zu enteignen. Er wollte den werktätigen Massen vor Augen zu führen, dass gesellschaftlicher und sozialer Fortschritt auch ohne sozialistische Revolution möglich sein würde, mit einer bürgerlichen Regierung eben. Durch ihr starkes Gegengewicht erschienen jedoch im November 1918 an sie gerichtete Zugeständnisse unausweichlich. Es wurden der Achtstundentag eingeführt, eine Krankenversicherung implementiert, Mindestlöhne gesetzlich vorgeschrieben,

Arbeitsämter ins Leben gerufen, Mieterschutzgesetze verabschiedet und eine Mietstundung gesetzlich verankert.
Pilsudski beraumte für Ende Januar 1919 Wahlen für den Verfassungsgebenden Sejm an, um die Verhältnisse definitiv zu klären und staatsrechtlichen Grundlagen neuen Staates zu fixieren. Seine darauffolgende Wahl war ein Ausdruck der Furcht der Besitzenden und ihrer deutschen Protektoren vor einer sozialistischen Revolution, die in Polen zum damaligen Zeitpunkt auch gedroht hatte. Pilsudski gelan es jedoch wie gesagt eine von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte vorerst bürgerliche Regierung zu installieren.[3]
Erst im Jahr 1921 wurde vom polnischen Parlament die Verfassung der Republik Polen verabschiedet und damit die II. Polnische Republik, in Fortsetzung der 1795 untergegangenen ersten Republik, gegründet. Es handelte sich hierbei um eine bürgerlich-demokratische Verfassung, mit allen demokratischen Grundrechten und staatsbürgerlichen Freiheiten, die es zu jener Zeit in den am weitesten entwickelten bürgerlichen Ländern gab. Weder die wirtschaftliche noch die politische Lage sollten sich jedoch als besonders stabil erweisen und die Wirtschafts- und Innenpolitik nahmen eine katastrophale Entwicklung. Mit Grund hierfür war die Trennung der polnischen Wirtschaft von den Volkswirtschaften der ehemaligen Teilungsmächte. Westliche Firmen hatten zwar Interesse an der Ausbeutung bereits bestehender Betriebe und Rohstoffquellen jedoch nicht an Investitionen, zumal viele Investoren auch durch die instabile innenpolitische Lage abgeschreckt waren und es noch kein einheitliches polnisches Recht gab. Die damalige sozial- und Eigentumsstruktur Polens behinderte eine schnelle Entwicklung zu einem modernen europäischen Staat. Im Jahr 1921 lebten 65% von den 27 Millionen Bürgern direkt oder indirekt von der Landwirtschaft und Polen war somit ein Agrarland in dem über die Hälfte der Bevölkerung Bauern waren; 1% von ihnen waren Großgrundbesitzer. Erschwerend kam in dieser Phase hinzu, dass 1923 eine Hyperinflation im Land herrschte und es im Mai 1926 eine halbe Million arbeitslose Arbeiter gab.[4] Bis zu seinem Tode im Jahr 1935 achtete Marschall Piłsudski mit allergrößter Sorgfalt darauf, dass es an den polnischen Außengrenzen nach der anfänglichen Expansionspolitik ruhig blieb und legte großen Wert auf ein ausgleichendes Verhältnis zu seinen westlichen wie östlichen Nachbarn. Kommen wir zu den nicht weniger turbulenten Entwicklungen im dann staatssozialistisch organisierten Volkspolen der 1980er zurück.

3. Der Beginn des Wandels in Polen in den 1980er Jahren

[3]Michael, Holger: Marschall Jozef Pilsudski 1867 bis 1935. Schöpfer des modernen Polen. Bonn 2010. S. 79-81. **S.2**
[4]Ebenda. S. 107-117.

Zwei Jahre nach Ausrufung der Militärdiktatur wurde im Jahre 1983 das Kriegsrecht wieder aufgehoben und es kam zu einer „Normalisierung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es sollte nicht allzu lange dauern bis 1988 die Streikbewegung „Solidarność“ erneut und stärker denn je ihre Forderungen zur Geltung brachte. Darunter war auch der arbeitsfreie Samstag, eine Forderung, die bis heute in keiner Weise erfüllt wurde. Die Streikenden gingen über die gesamten Sommermonate hinweg auf die Straße. Dabei wurde unter anderem auch gegen zuvor erlassene Preiserhöhungen protestiert. Im Nachgang der ersten Protestwelle 1981 waren unabhängige Gewerkschaftsbewegungen, wie „Solidarność“, zunächst wieder verboten worden.

Mit den Streiks der Sommermonate konfrontiert, wurde die Führung der PZPR jedoch in der Folge gezwungen, sich mit dieser zu Einfluss gelangten Bewegung, an einen sogenannten „Runden Tisch“ (Opposition und Regierung) zu setzen. Mithilfe dieser Einladung zum gemeinsamen Dialog konnte die Streikwelle beendet werden und die kirchliche Hierarchie nahm in der Rolle der Vermittlerin zwischen den beiden Seiten ihren Platz ein. Streng achtete sie darauf, dass basisorientierter Arbeiterwiderstand, wie z.B. um den inhaftierten Sozialisten Piotr Ikonowicz weiter in Haft verblieb und keinen Anteil am „Runden Tisch“ erhielt. Die Vorstellungen der dort zugelassenen Opposition reichten von der Forderung der Zulassung unabhängiger Gewerkschaften bis zu der Einleitung von politischen Reformen, die eine sogenannte „Entpolitisierung“ von Wirtschaft und Politik im staatssozialistischen Sinne mit sich bringen würden. Die Gespräche begannen im Frühjahr 1989 und der daraus resultierende Kompromiss leitete endgültig den Untergang des staatssozialistischen Polens ein. Es wurden für den Sommer 1989 vorgesehene Wahlen vereinbart bei denen über 35% der Mandate im Unterhaus des polnischen Parlaments(Sejm) abgestimmt werden sollte. Die restlichen 65% der Sitze sollten bei der polnischen Regierungskoalition bleiben, diese bestand aus Polnischer Vereinigter Arbeiterpartei, der Vereinigten Bauernpartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, ZSL) und der Demokratischen Partei (Stronnictwo Demokratyczne, SD) sowie weiteren kleineren Gruppierungen.

Die Wahlen zum wiedereingeführten Oberhaus, dem Senat, sollten nun komplett frei statt finden dürfen. Die am Runden Tisch als Vermittlerin tätige kirchliche Hierarchie unterstütze im Wahlkampf die Opposition, die sich im Bürgerkomitee „Solidarność“ zusammenfand. Das Bürgerkomitee errang bei den Wahlen alle der 35% zur Disposition stehenden Sitze im Sejm und 99% der Sitze im wiedereingeführten Oberhaus. Bei der sich daran anschließenden Wahl des Staatspräsidenten stand als einziger Kandidat Wojciech Jaruzelski zur Verfügung. Er trat an und wurde mit 270 von 537 Stimmen am 19.Juli 1989 zum Staatspräsidenten gewählt. Diese Regierungszeit sollte sich jedoch als von kurzer Dauer erweisen und das polnische Parlament wählte im September 1989 mit Tadeusz Mazowiecki den ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten nach 1945. In der Folge

verschlechterte sich die innere Situation in der PZPR zusehends, ein Erosionsprozess wurde manifest und endete Ende Januar 1990 mit der Auflösung der PZPR auf deren XI. Parteitag. Die noch in der Regierung sitzenden Minister der PZPR wurden im laufe des Jahres 1990 entlassen beziehungsweise traten zurück und es wurde Ende 1990 eine erneute Präsidentschaftswahl durchgeführt. Aus dieser Wahl ging Lech Wałęsa als Sieger hervor. Es wurde in der Folge von diesen Ereignissen die Verfassung erneut geändert und die Umbenennung „Republik Polen" verfassungsrechtlich verankert, sowie die politische Führungsrolle der PZPR gestrichen.[5] Bei der erneuten Parlamentswahlen, die nun unter komplett anderen Vorzeichen stattfindenden, im Jahr 1991 standen nun alle Sitze im Sejm zur Wahl. Folgendes Ergebnis kam bei dieser Wahl heraus: die Partei Unia Demokratyczna erhielt mit 12.3% die meisten Stimmen, die SLD(Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe) 12%, die PSL 5.5% und die NSZZ-Solidarność 5.1% der Stimmen.[6]

In der Folge erwiesen sich die innenpolitischen Verhältnisse in Polen erneut nicht als besonders stabil und es kam zu einer vorzeitigen Auflösung des Sejm am 31.Mai 1993. Dies geschah in der Folge eines durch Lech Wałęsa selber initiierten Misstrauensvotums ohne die gleichzeitige Wahl eines neuen Ministerpräsidenten. In diesem waren insgesamt 460 Sitze zu vergeben. Somit fanden am 19.September 1993 erneut Parlamentswahlen statt mit einer Wahlbeteiligung von 52,08%. Die Wahl wurde nach einem neuen Wahlgesetz durchgeführt das der Sejm zwei Tage vor seiner Auflösung verabschiedet hatte, mit diesem wurden Mindesthürden für den Sejm festgelegt.

Es konkurrierten bei dieser Wahl 8.787 Kandidaten um die insgesamt 460 Sitze im Parlament, während 684 Kandidaten um die 100 Sitze im Senat kämpften.

Die zentralen Kernfragen dieses Wahlkampfes war die nach dem Umfang und den Tempo des wirtschaftlichen Wandels in der mittlerweile post-sozialistischen polnischen Republik. Dies betraf im Besonderen die Privatisierungen und weitere Fragen der Sozialpolitik. Hierbei sind besonders hervorzuheben die mittlerweile hohe Arbeitslosigkeit und die Lage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.7

Als Siegerin dieser Wahl ging die Linke Demokratische Linke Allianz(SLD) mit 37,17% der Stimmen hervor, in der sich auch Kommunistinnen und Kommunisten mittlerweile organisiert hatten, unter ihnen auch der mittlerweile Fürsprecher einer allgemeinen „rewolta robotnicza (Arbeiterrebellion)" Piotr Ikonowicz. Man konnte diese Allianz dementsprechend mit einigen Einschränkungen als die eine Art direkten Nachfolgerin der Vereinigten kommunistischen Polnischen

[5] https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/modul/34/seite.html, zuletzt aufgerufen am 3.10.2025.

[6] https://politpro.eu/de/polen/wahl/305/parlamentswahl-polen-1991, zuletzt aufgerufen am 3.10.2025. **S. 4**

[7] https://www.freiheit.org/central-europe-and-baltic-states/poland-love-january-0 From Poland with Love – January, zuletzt aufgerufen am 3.10.2025.

Vereingten Arbeiterpartei (PZPR) ansehen. Die ebenfalls zur Wahl angetretene PolnischeVolkspartei erhielt 28,70% der Stimmen. Die Unia Demokratyczna(Demoratische Union) erhielt 16,09% der Stimmen, sie hatten zuvor maßgeblich die liberalen Reformpläne vorangebracht und die Partei der Gewerkschaftsbewegung(Unia Pracy) konnte nur noch 8,91% der Stimmen auf sich vereinen. Zum neuen Premierminister wurde am 18. Oktober 1993 Waldemar Pawlak ernannt**.** Diese Abwahl der „Hardliner“, die seit 1989 eine Privatisierung der polnischen Wirtschaft in Gang gesetzt hatten, die im wirtschaftswissenschaftlichen Jargon umgangssprachlich auch als „Schocktherapie“ bezeichnet wird, geschah nicht grundlos. Den die rasche Umstellung der vorherigen Regierung auf die Marktwirtschaft und eine damit einhergehende strenge Geld-und Haushaltsdisziplin hatte zu harten Verwerfungen innerhalb der polnischen Gesellschaft geführt.8

4. Problemfelder der postsozialistischen Gesellschaftstransformation in Polen

Die Untersuchung der sich vollzogenen Veränderungen in den ehemaligen Ländern des Ostblocks wurden seit dem Wandel 1990 im Hinblick einer vergleichenden Kapitalismusforschung näher untersucht. Hierbei stehen die sozio-kulturellen Kontexte sowie ökonomischen Interaktionen im Vordergrund. Ein Verdienst dieser Forschung ist, dass sie dazu in der Lage ist theoretisch schlagkräftige und fundierte Erklärungen dafür zu liefern, warum es eben zahlreiche Wege gibt zum wirtschaftlichen Erfolg unter kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen. Hierbei wäre kritisch anzumerken, dass das Infragestellen von sich etablierten Perspektiven innerhalb des Forschungszweigs bisher kaum bis wenig mit einer programmatischeren und konstruktiveren Auseinandersetzung mit kapitalistischer Vielgestaltigkeit verbunden wurde.9 Diese Möglichkeit der Kritik, die dann mitunter auch grundlegender ausfallen müsste, wurde im Zuge des Post-sozialistischen Wandels aus den Positionen der akademischen und politischen Macht entfernt, diese hatten mitunter massiv von der Dominanz des staatssozialistischen Systems profitiert. In diesem Zuge wurde der Marxismus ausgeschlossen und der Mainstream der Wirtschaftswissenschaft wird von der neoklassischen Orthodoxie seither dominiert. Es wäre vielleicht noch hinzuzufügen, dass

[8] https://www.freiheit.org/central-europe-and-baltic-states/poland-love-january-0
From Poland with Love – January, zuletzt aufgerufen am 3.10.2025. **S. 5**

[9] Bruff, Ian, Ebenau, Matthias, May, Christian, Nölke, Andreas: Vergleichende Kapitalismusforschung:Stand, Perspektiven, Kritik. Einleitung: Kapitalismusvergleich, Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik in Zeiten der globalen Krise.Münster 2013. S. 15-16.

man den marxistischen Erklärungsansatz nicht wegen seiner Unzulänglichkeit als Erklärungsinstrument ausschließen sollte.10

Dies also gedanklich mit eingeschlossen, bleibt festzustellen, dass Transitionsökonomien, wie die polnische eine darstellt, seit dem Kollaps des Realsozialismus und den damit verbundenen politischen Umbrüchen und nicht zuletzt der Integration ins kapitalistische Weltsystem profunde Veränderungsprozesse durchlaufen haben. Die sich hier abzeichnenden komplexen Verläufe und Ergebnisse kann, die sich mit den Variationen des Kapitalismus befassende Forschung mit ihrem klassischen Fokus auf Stabilität und Reproduktion, gar nicht vollständig erfassen. Hiermit sind etwa gemeint die Interaktion zwischen formal-kapitalistischen Segmenten mit informellen Arbeitsformen, wie sie beispielsweise in der Landwirtschaft oder im produktionsbezogenen Dienstleistungssektor vorkommen.11

Es lassen sich die politischen Ökonomien Polens aber die Tschechiens oder Ungarns vermittels des „Idealtypus“ einer „abhängigen Marktökonomie“ analysieren. Diese sind gekennzeichnet durch eine innerhalb dieser vorkommenden hierarchischen Struktur. Zudem werden ihre Ökonomien von westeuropäischen Firmen dominiert und sie sind in einer peripheren Position in die wirtschaftlichen Kreisläufe der europäischen Union eingebunden, wobei ihnen als Montage- und Exportplattformen ein entscheidender Einfluss innerhalb des Produktionsprozesses zukommt.

Hieraus resultiert dann wiederum das Problem, dass die westlichen Kapitaleigentümer in deutlich geringerem Maße, als die kaum vorhandenen einheimischen Bourgeoisien am nachhaltigen Erfolg dieser Ökonomien und dem Wohlstand ihrer Bevölkerungen interessiert sind. Diese Länder erreichten so im postsozialistischen Vergleich ein relativ dynamisches Gleichgewicht, bei der (lohn)-konstengünstigen Produktion haltbarer Konsumgüter für westliche Märkte. Dieses Gleichgewicht bleibt aber grundsätzlich fragil, sowie in seinen sozialen Effekten unausgewogen. Im klassischen Sinne des Dependanzansätzes ist die Situation als eine von externen Faktoren „abhängige Entwicklung“ charakterisieren 12 Diese Ökonomien sind fest in transnationale Hierarchien eingebunden und besitzen hierbei komparative Wettbewerbsvorteile im Zusammenbau der Waren und der Produktion von relativ komplexen und haltbaren Gütern. Die hierin enthaltene abhängige Variable führt so zu einer Form internationaler Integration in den globalen Wirtschaftskreislauf wobei sie keinerlei Form von Weltmarktführerschaft von diesem beinhaltet. Dieses Modell einer

[10]Coates, David:Paradigmen der Vergleichenden Kapitalismusforschung:Neoklassik, neuer Institutionalismus und Marxismus. in: Vergleichende Kapitalismusforschung. Bruff, Ian, Ebenau, Matthias, May, Christian, Nölke, Andreas (Hrsg.) Münster 2013. S. 22-24.

[11]Ebenau, Matthias: Die Globalisierung der Vergleichenden Kapitalismusforschung: ein kritischer Blick auf Stand, Probleme und Herausforderungen. in:Vergleichende Kapitalismusforschung. Bruff, Ian, Ebenau, Matthias, May, Christian, Nölke, Andreas (Hrsg.) Münster 2013. S. S. 75. **S. 6**

[12]ebenda S. 80-81

abhängigen Marktwirtschaft ist wie gesagt auf Polen anwendbar, was wiederum die Existenz kohärenter abhängiger Institutionen erklärt.13

Diese Länder zeichnen sich ebenfalls durch demokratische-politische Systeme, eine EU-Integration und eine zunehmende Industrieproduktion aus, die im internationalen Vergleich jedoch als zweitrangig zu bewerten wäre. Allerdings verfügen diese Länder über ein beträchtliches Potential für produktive Aufwertung und Entwicklung, weswegen ihre Hinwendung zum kapitalistischen Weltsystem durchaus industrielle Entwicklungspotenziale eröffnete. Es wurde immerhin zum Teil ein beträchtlicher Arbeitnehmerschutz gesetzlich verankert und die soziale Absicherung ist somit als vergleichsweise hoch anzusehen. Länder wie Polen verfügen bis heute nicht über die für hochrangige Innovationen notwendige Unternehmensinfrastruktur. Als „abhängige Marktökonomien" bieten sie jedoch ein solides Umfeld für eine davon unabhängige Entwicklung der einheimischen Wirtschaft.14

Auch wenn Polen wie gesagt zu Beginn seines Transformationsprozesse eine empfindliche Phase der Rezession durchlitt, verbunden mit einem Produktionsverfalls, wie alle anderen ehemaligen Sowjetrepubliken auch. Diese destabilisierten die Wirtschaft dermaßen, so dass die Versorgung der Bevölkerung mit dem einfachsten, wie zum Beispiel mit Milch in Polen nicht mehr gewährleistet werden konnte. Diese Produktionseinbrüche waren so weder von den neoliberalen Politikberatern noch von den Vertretern dieser orthodoxen Theorien einkalkuliert worden, diese sahen die rasche Privatisierung der Wirtschaft und Liberalisierung des Marktes als prioritär an. Später gestanden diese ein, dass das Ziel den Anteil des Privateigentums so schnell wie möglich heraufzusetzen nicht immer der Entwicklung dieser neuen Marktwirtschaften dienlich gewesen war.

Quasi schon blind wurde auf einen sich selbst regulierenden Marktmechanismus und auf messbare Indikatoren, die einer statistischen Analyse unterzogen werden können. Wobei stabile Eigentumsrechte ganz entscheidend die Unterschiede in den Wachstumsraten erklären kann. Jedoch unterscheiden sich bis heute die staatlichen Strukturen und die damit verbundenen politischen Maßnahmen in den Transitionsökonomien. Die rasche Privatisierung und Liberalisierung der polnischen Wirtschaft wirkte sich aber eben nicht nur positiv aus.

Forscherinnen und Forscher, die sich kritischer mit den schnellen Privatisierung auseinandersetzten, betonen nun, dass eine solche von anderen institutionellen und regulatorischen Veränderungen begleitet werden müsste. Es ging aber eben letztendlich vor allem in Polen ausschließlich um die schnellstmögliche Etablierung eines kapitalistischen Marktsystems, das keinerlei Rücksicht nimmt auf das jeweilige Entwicklungsniveau oder die sozialen, politischen und institutionellen Verhältnisse.

[13] Drahokoupil, Jan, Nölke, Andreas: Kritischer Institutionalismus in der Vergleichenden Kapitalismusforschung: Konzeptionelle Überlegungen und Forschungsprogramm. in: Vergleichende Kapitalismusforschung. Bruff, Ian, Ebenau, Matthias, May, Christian, Nölke, Andreas (Hrsg.) Münster 2013. S. 86-89

[14] ebenda S. 94-95.

Erfolgreiche Effekte der Privatisierung hängen jedoch auch den Erfolgschancen der neuen Eigentümer, dem institutionellen Umfeld und den sozialen Transformationen ab. Und es gab die Erfahrung, dass in einheimisches Privateigentum überführte Unternehmen scheiterten oder erst erfolgreich wurden nachdem sie von ausländischen Firmen übernommen wurden.15

Diese Transformationen wurden von zentralen Akteuren dieses Prozesses als eine Rückkehr nach Europa interpretiert.

Polen nahm insofern innerhalb des sozialistischen Lagers eine Vorreiterrolle ein, als dass es eben hier zuerst gelang durch die einen Massencharakter angenommene oppositionelle Bürgerbewegung einen Machtübergang herbei zu führen. Insofern lässt sich der Übergang in Polen als ein paktierter Übergang definieren. Nach diesen erfolgten Machtwechseln standen jedoch alle postsozialistischen Gesellschaftstransformationen vor der Aufgabe der Institutionalisierung einer radikal neuen Ordnung. Diese wurde zum Teil höchst unterschiedlich zwischen 1991-1994 schlussendlich formell legitimiert. Es entstanden neue Parlamente, verfassungsgebende Beratungen fanden statt und die alten Verfassungen wurden in wichtigen Artikeln reformiert oder relativ rasch neue Verfassungen erarbeitet und verabschiedet. Hiermit wurde das staatssozialistische Ende konstitutionell besiegelt.

Diese neuen Verfassungen orientierten sich sowohl an westlichen Modellen, wie die Orientierung der polnischen an der französischen belegt.

Bei der polnischen Transformation wurde wie gesagt auf die sogenannte „Schocktherapie“ gesetzt und durch ausländische Finanzinstitutionen und Wirtschaftsorganisationen beeinflusst,

schwertartig wie schockartig ein Bruch mit der bisherigen Wirtschafts-und Gesellschaftsordnung herbei geführt. Die neue Wirtschaftsordnung sollte sich ohne die „negativen Erbschaften“ des Staatssozialismus sich entfalten. Dies begünstigte dann den massiven Produktionseinbruch, der sich kumulativ berechnet in einem Bereich zwischen 20% und mitunter über 30% bewegte.

Daran schloss sich wie gesagt in Polen eine mehrjährige dramatische Wirtschafts-und gesellschaftliche Transformationskrise an, der auch mitunter durch illegale Privatisierungsschübe Vorschub geleistet wurde. Die Arbeitslosenrate stieg zudem auf über 10 Prozent und die Inflationsrate lag in einem dreistelligen Bereich und die statistisch erfassten Realeinkommen sanken pro Kopf zwischen 1989 und 1994 um fast 10 Prozent.

Diese wirtschaftlich-soziale Krise verband sich mit einer politischen-kulturellen. Die enormen Erwartungen wurden erschüttert und zugleich eben alte Autoritäten, ideologische Orientierungen und politische Programmatiken entwertet von der neuen herrschenden Klasse.

[15] Myant, Martin, Drahokoupil: Wirtschaftswissenschaftliche Verfahren, in: Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015. S. 286-288.

5. Als wie erfolgreich kann man den polnischen Wandel einordnen?

In den neuen Regierungen konnten sich erneut bestimmte Gruppen Privilegien sichern, auch durch die private Macht-und Vermögensakkumulation bedingt. Die neuen Regierenden versagten zudem bei dem Versprechen, eines bei vielen durchaus gehegten, einer gerechteren Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands. Die neuen Regierungen wurden auch als teils schwache und korrupte Gebilde wahrgenommen in der Bevölkerung. Dies beförderte soziokulturelle Verunsicherungen, existentiell bedrohlich-anämische Lagen sowie die Attraktivität nicht-demokratischer Ideologien, die sich nun breit machen konnten. Auf der Erscheinungsebene ließen sich dann politische Krisen, häufige Regierungswechsel und Wahlsiege postkommunistischer, beziehungsweise könnte man sie auch als reformsozialistische Parteien bezeichnen, beobachten, wie in Polen 1993. Die Besonderheiten des polnischen Transformationsprozesses ist frühe Etablierung demokratisch-kapitalistischer Basisinstitutionen, sowie die Durchsetzung einer radikalen Transformationsstrategie. Im Jahr 2014 zeichnete sich Polen durch einen europäisch integrierten-semiperipheren Wohlfahrtskapitalismus aus.[16]
Hierbei wäre eventuell noch anzumerken, dass die jeweiligen Eigentumsverhältnisse formgebend für den Produktionsprozess. Auf der Grundlage einer marxistischen Analyse lässt betrachten, dass die durch immer wiederkehrende wirtschaftliche Krisen gebeutelten, westlichen Wohlfahrtskapitalismen im globalen Vergleich zu einer Absenkung des Reallohns und des Arbeitsstandards neigt. Hierbei ist auch immer die profitorientierte und marktvermittelte Konkurrenz mit inbegriffen. In Polen führten, die durch den Staatssozialismus hervorgerufenen gesellschaftlichen Widersprüche, zu dessen Verfall. Der Kapitalismus produziert ebenso bisher ungelöste Widersprüche, wie sich in Polen auch beobachten ließ.

War Polen nun zum Zeitpunkt seiner Parlamentswahlen 1993 an einem Scheideweg, der Aussicht auf einen anderen Transformationsprozess bot, als ihn die neoliberale Schocktherapie nach Leszek Balcerowicz als einzige „vernünftige, und einzig mögliche“ gesellschaftliche Entwicklungsrichtung zu sehen vermochte? Transformation ist in der Tat weder eine zwangsläufige Einbahnstraße noch ein eindimensionaler Prozess, sondern wenn überhaupt dann kaum weniger komplex als ein polyvektorielles Feld, in dem jede Bewegung auch in ihrer dialektischen Umkehrung möglich werden könnte. 1993 hat die polnische Entwicklung die bis dahin übliche

[16] Kollmorgen, Raj: Postsozialistische Transformationen des 20. und 21. Jahrhunderts, in: Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015. S 288-295.

Transformationsbegrifflichkeit des neokonservativen Rollback in Mittel- und Osteuropa zweifellos in einem solchen Sinne erweitern können. Dennoch waren die Akteure, unbesehen ihrer subjektiven Absichtsbekundungen bei z.B. Leszek Miller oder Piotr Ikonowicz in der neun Regierungsfraktion, letztlich doch auch auf eine hintergründige Art Erfüllungsgehilfen einer erstaunlich vereinheitlichenden Gesamtentwicklung, die scheinbar über die gewählte Option des Herbsts 1993 letztlich unbeeindruckt weiterging. Etwas über 100 Jahre zuvor hatte August Bebel diese Beobachtung in seinen bemerkenswert geschichtsphilosophischen Betrachtungen zu Charles Fourier 1888 für den Parallelfall der französischen Revolution formuliert: „Etwas, das wie der Geist über den Wassern schwebte, mit dämonischer Kaltblütigkeit in alle Pläne und Projekte eingriff, sie förderte oder zerstörte, wie es seinen Interessen entsprach, dabei allen sichtbar und doch unfassbar war, diese Macht war – *das Kapital*. […] Es feierte Orgien wie nie zuvor und kaum je nachher. Die großen vermögen wuchsen wie Pilze aus dem Boden, der Spekulations- und Handelsgeist griff immer weiter um sich und beherrschte das ganze öffentliche und private Leben, alle Beziehungen der Menschen.“[17] Das erstaunliche an den Überlegungen Bebels ist, dass ausgerechnet die Entwicklungen zum u.a. Territorium des 1993 dann zu Polen gehörenden „tollen Jahrs“ ihn dazu bringen aus einem Kulturpessimismus, der ja für sich auch wieder eindimensional wäre, herauszutreten. Zu seinem entscheidenden Bildungsjahr 1848 schreibt er nämlich im gleichen Gedankengang was auch für 1993 in Polen festzuhalten ist: „Und wie immer nach 1848 die Reaktion in Deutschland [also in der etwa Hälfte des Polens von 1993] hauste, das was tatsächlich jetzt bestand, ging weit über das hinaus, was vor 1848 bestanden hatte. Die neuen Ideen hatten trotz alledem gesiegt, und alles was seitdem in Deutschland geschah, ist nur durch diesen Sieg im „tollen Jahr“ möglich geworden.“[18]

Sicherlich bauten der Wahlsieg von so unterschiedlichen politischen Akteuren wie Leszek Miller und Piotr Ikonowicz im Herbst 1993 in Polen subjektiv wie objektiv auf den organisatorischen und gesellschaftspolitischen Grundlegungen von August Bebel und seinem Weltmusterprojekt einer Klassenemanzipationspartei auf, wie bereits das Lubliner Manifest von 1944 und der nachfolgende Aufbau der polnischen Volksrepublik diesem Fundament explizit wie implizit verpflichtet waren. Was 1993 versprochen hatte für die polnischen Mehrheitswählerinnen und Wähler ist tatsächlich aus subjektiven und objektiven Gründen bis heute nie eingelöst worden. Ein Jahrzehnt nach diesem „tolle Jahr 1993“ waren in repräsentativen Umfragen immer noch über 70% aller Polen überzeugt,

[17] Bebel, August:„Vorrede zu: Charles Fourier, Sein Leben und seine Theorien“, in: Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow (Hg.) beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentralinstitut für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2 1878 bis 1890, erster Halbband, Seite 419-463, 427.

[18] Bebel, August: 1888, S. 423 der „Ausgewählten Reden und Schriften“ von 1971.

dass „ein Vermögensunterschied zwischen einzelnen Mitgliedern ihrer Gesellschaft eigentlich nicht wünschenswert“ sei. Was für ein Widerspruch zum inoffiziellen Motto der vorangegangenen Jahre 1989 bis 1993 im Polnischen: „pierwszy milion trzeba ukraść (seine erste Million [Dollar, versteht sich] muss man sich schon zusammenklauen)“!

6. Literaturverzeichnis

1. Andreff, Wladimir: Comparative Economic Studies in Europe. A Thirty Year Review. Cham 2021.

2. Bebel, August:„Vorrede zu: Charles Fourier, Sein Leben und seine Theorien“, in: Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow (Hg.) beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentralinstitut für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2 1878 bis 1890, erster Halbband. Seite 419-463.

3. Bruff, Matthias, Ebenau, Matthias, May, Christian: New Directions in Comparative Capitalisms Research. Critical and Global Perpectives. New York 2015.

4. Bruff, Ian, Ebenau, Matthias, May, Christian, Nölke, Andreas: Vergleichende Kapitalismusforschung:Stand, Perpektiven, Kritik. Münster 2013.

5. Drahokoupil, Jan: Globalization and the State in central and Eastern Europe. The politics of foreign direct investment. Oxon 2009.

6. Gerocs, Tamás, Szanyi, Miklos: Market Liberalism and Economic Patriotism in the Capitalist World-System. Cham 2019.

7. Holger Michael: Marschall Jozef Pilsudski 1867 bis 1935. Schöpfer des modernen Polens. Bonn 2010.

8. Holger Michael. Zwischen den Kriegen. Polens Außenpoitik 1919-1939. Berlin 2022.

9. Hölscher, Jens, Tomann, Horst: Palgrave Dictionary of Emerging Markets and Transition Economics. Insights from Archival Research. London 2016.

10. Kollmorgen, Raj, Merkel, Wolfgang, Wagener, Hans-Jürgen: Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015.

11. Lane, David, Myant, Martin: Varieties of Capitalisms in Post-Communist Countries.. Poland and Ukraine. Institutional Structures and Economic Performance. New York 2007. Seite 124-149.

12. Myant, Martin: Reinventing Poland. Economic and political transformation and evolving national identity. Oxon 2008.